

VERBAND DER BEAMTEN DER BUNDESWEHR E.V. (VBB)
IM DEUTSCHEN BEAMTENBUND
BEREICH VIII BMVg



Ingo John, Vorsitzender

Informationen 09/14

- I. 39 Stundenwoche für Bundesbeamte / Soldatinnen und Soldaten**
- II. NACHWUCHSGEWINNUNG BRAUCHT NEUE IDEEN**
- III. GESUNDHEITSMANAGEMENT BRAUCHT HÖHEREN STELLENWERT**
- IV. VBB Wandkalender DIN A 2**
- V. Bushaltestelle M 29 am BMVg Berlin**

Liebe VBB-Mitglieder,

I. 39 Stundenwoche für Bundesbeamte / Soldatinnen und Soldaten

schon mehrfach habe ich über die Forderung nach der 39 Stundenwoche für Bundesbeamte informiert.

Nun gibt es weitere Argumente:

Der öffentliche Dienst liegt im Branchenvergleich deutschlandweit an der Spitze bei der wöchentlichen Arbeitszeit. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sagte dazu am 20. August 2014 in Berlin: "Am Stammtisch wird immer noch gerne auf die 'faulen Beamten' geschimpft. Aber diese Ergebnisse zeigen, dass es sich dabei eben doch um ein stumpfes Vorurteil handelt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verdienen Respekt für ihre Leistung."

"Um sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren, sollte der öffentliche Dienst allerdings über eine Reform der Arbeitszeiten für seine Beschäftigten nachdenken", so Dauderstädt.

Ein Anfang wäre, im Bund die Wochenarbeitszeit von beiden Statusgruppen einheitlich auf 39 Stunden pro Woche festzusetzen", forderte der dbb Chef.

**VBB und VSB - die Kooperation lebt das Miteinander – Füreinander
VSB fordert jetzt auch bundesweit die 39 Stundenwoche
für Soldatinnen und Soldaten**

Am 25. August fand als After-Job-Event das traditionelle VBB Grillfest auf der Hardthöhe des Bereichs VIII BMVg statt. Es trafen sich Mitglieder des VBB (Beamte und Tarifbeschäftigte) aber auch eine große Schar Soldatinnen und Soldaten des VSB. Neben unserem Bundesvorsitzenden Wolfram Kamm kamen auch Bundesvorsitzende des VSB Günter Rudkowski und sein Stellvertreter Jürgen Zeiler. Die beiden nutzen die Gelegenheit, sich der Forderung des Bereichs VIII BMVg nach der 39 Stundenwoche für Bundesbeamte als Verband der Soldaten der Bundeswehr (VSB) auch für die Soldatinnen und Soldaten anzuschließen. Damit zeigen wir, dass wir nicht nur Schulter an Schulter arbeiten und feiern können, sondern auch miteinander und füreinander gewerkschaftlich kämpfen.

Wir sind gespannt, wie lange es dauert, bis der DBwV auf den Zug aufspringen und seinen Mitgliedern den Eindruck vermitteln will, er sei – wie immer - der Initiator der Forderung für eine 39 Stundenwoche für Soldatinnen und Soldaten.



Von links nach rechts: Kamm, Rudkowski, John, Zeiler (Bild: VBB, Bettina Hannes, 25.08.14)

II. NACHWUCHSGEWINNUNG BRAUCHT NEUE IDEEN

Um die Nachwuchsprobleme in den Griff zu bekommen, sind neue Ideen gefragt. Das stellte dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt auf dem Demografie-Kongress der Behörden Spiegel-Gruppe am 28. August 2014 in Berlin fest und warb darum, 'jungen Menschen einen Job im öffentlichen Dienst schmackhaft zu machen'. In Zeiten verschärfter Konkurrenz reichten dafür die interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit zum Nutzen der Gesellschaft, der sichere Arbeitsplatz und eine ordentliche Bezahlung nicht mehr aus, so der dbb Chef.

Wie drängend die Probleme sind, machte Dauderstädt anhand aktueller Fakten deutlich: Das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst liegt bei 44,6 Jahren, bei den Beamten in den Kommunen bei 45,8 Jahren. Der Anteil der über 60-Jährigen wird sich bis 2030 verdreifachen. Schon heute sind 30 Prozent aller Beschäftigten zwischen 50 und 60 Jahre alt.

'Personalabbau hat der Staat in den vergangenen Jahrzehnten auf vielfältige Weise betrieben', konstatierte Dauderstädt. 'So sind in nicht wenigen Verwaltungen ohne Rücksicht auf die Altersstrukturen Defizite entstanden, die nachträglich kaum noch geschlossen werden können.' In vielen Bereichen des Staatsdienstes gebe es 'massive Unterbesetzungen'.

In der Finanzverwaltung, könnten mit zehn Prozent mehr Personal Milliarden Euro mehr Einnahmen gesichert werden könnten, die dem Staat zustehen.

10.000 Beamtinnen und Beamte fehlen den Polizeien des Bundes und der Länder.

20.000 Lehrkräfte fehlen in Schulen.

25.000 Beschäftigte fehlen im kommunalen Bereich,
davon allein

5.000 im Feuerwehrdienst und

6.000 in den Job-Centern.

Mindestens 1500 Beschäftigte fehlen im Bereich Asyl, Flüchtlinge und Integration – Weitere mindestens 1500 Beschäftigte fehlen bei der Zollverwaltung zur Kontrolle der Mindestlohngesetze.

Von 4.000 Fachärzten in den Gesundheitsämtern in den 1990er Jahren, sind heute gerade noch die Hälfte übrig. Wenn es wirklich einmal zu einer Pandemie kommen sollte, sei Deutschland nicht ausreichend gerüstet, so Dauderstädt..

'Bei der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst haben wir es mit einem längerfristigen Problem zu tun, nicht mit einer einmaligen Aktion', machte Dauderstädt deutlich. Der dbb habe es übernommen, mit seiner **Aktion 'Die Unverzichtbaren' in der auflagenstärksten deutschen Schülerzeitung 'Spiesser'** und auf anderen Werbeflächen Reklame für solche Berufswege zu platzieren. Auf die Kampagne gebe es ein 'überwältigendes positives Echo', sie habe auch Eingang in die Demografie-Strategie der Bundesregierung gefunden. Dauderstädt machte zugleich klar: 'Wir entlassen damit nicht die Dienstherrn und Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung, sich um ihre Personalentwicklung selbst zu kümmern. Aber wir spiegeln so auch das Interesse und vielfach inzwischen die Not der von uns vertretenen Beschäftigten, wegen der Unterbesetzung hohem, manchmal zu hohem Arbeitsdruck ausgesetzt zu sein.'

Auszubildenden und Anwärtern in der Verwaltung müsse eine Zusage für eine unbefristete Übernahme mit einer Karriere-Perspektive gegeben werden und der öffentliche Dienst sei gut beraten, die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Erziehungs- und Pflegepflichten stärker zu betonen. Zudem müsse 'einer generationsübergreifenden Mentorenrolle' der Älteren Anerkennung verschafft werden.**

III. GESUNDHEITSMANAGEMENT BRAUCHT HÖHEREN STELLENWERT

Angesichts des demografischen Wandels müsse dem **'Gesundheitsmanagement als Führungsaufgabe'** ein höherer Stellenwert gegeben werden, sagte der Fachvorstand Beamtenpolitik und dbb-Vize Hans-Ulrich Benra auf dem Demografie-Kongress. Denn vor dem Hintergrund eines steigenden

Durchschnittsalters der Beschäftigten sei nicht nur die Nachwuchsgewinnung, sondern auch der Erhalt der Arbeitsfähigkeit des älteren Personals von entscheidender Bedeutung.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Auswahl und die Qualifizierung der Führungskräfte seien bereits weitestgehend gegeben. Nun gehe es darum, für das Thema zu sensibilisieren und eine entsprechende Führungskultur in den Verwaltungen zu etablieren. **'Dabei geht es um grundsätzliche Dinge, insbesondere eine echte Wertschätzung der Beschäftigten durch die Führungskräfte. Die Arbeitszufriedenheit ist grundlegend für die Gesundheit'**, machte Benra deutlich.

Auch müssten die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigt werden, da etwa in der Bundesverwaltung ein erheblicher Anteil der **Fehlzeiten** auf Langzeiterkrankungen zurückzuführen sei, die bei Personen über 45 Jahren statistisch gesehen häufiger auftreten.

Vom Abbau der Fehlzeiten profitieren vor allem die, die ansonsten die Mehrarbeit schultern müssen.

Benra: 'Angesichts von 600 Millionen Euro an Kosten, die jährlich durch Personalausfälle entstehen, müssen wir dringend die Prävention stärken. Vorsorge erhält nicht nur die Gesundheit, sie schont auch den Haushalt.'

IV. VBB Wandkalender DIN A 2

Die Wandkalender sind abrufbar für BMVg Bonn bei Bettina Hannes, für BMVg Berlin bei Ingo John und Britta Berneit.

V. Bushaltestelle M 29 am BMVg Berlin

Ich hatte die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) gebeten, angesichts der steigenden Zahlen von Angehörigen des Ministeriums, die den M 29 Bus nutzen, an der Haltestelle am Shell-Haus einen Wetterschutz und eine elektronische Anzeige zur Ankunftszeit der Busse zu installieren. Die Antwort liegt nun vor:

Thema: Antwort auf Anfrage, 0171791 [BVG INFO@BVG.DE](mailto:INFO@BVG.DE) 02.09.2014 12:17:32

Sehr geehrter Herr John,
vielen Dank für Ihre E-Mail vom 15.08.2014. Ihren Wunsch nach einem Warthäuschen und einem Daisyanzeiger an der Haltestelle Dt. Widerstand können wir verstehen. Auf Grund von stadtplanerischen und aus Denkmalschutz Gründen besteht keine Möglichkeit an der gewünschten Haltestelle eine Warthalle aufzustellen. Die Haltestelle ist wie weitere 6000 Bushaltestellen nicht für die Ausrüstung mit DAISY-Anzeigern vorgesehen. Aus Kostengründen können leider nur wenige Haltestellen aus unserem großen Busnetz ausgerüstet werden. Dabei sind Haltestellen mit besonders vielen Ein- und Umsteigern höher priorisiert.

Mit einem internetfähigen Handy können auch die Abfahrten der Haltestellen

ohne DAISY-Anzeiger schnell abgerufen werden. Dazu rufen Sie auf Ihrem Handy die Seite mobil.bvg.de auf und geben unter "#Ist-Abfahrtszeiten" den Namen oder die Haltestellennummer ein. Sie erhalten dann die gleichen Anzeigedaten, die auch auf einem DAISY-Anzeiger angezeigt werden würden. Alternativ kann mit einem Fotohandy und einer zusätzlichen kostenlosen Handysoftware, die auf unseren neuen Aushangfahrplänen aufgedruckte QR-Codes abfotografieren. Die Handysoftware stellt dann automatisch eine Internetverbindung zu den Ist-Abfahrtszeiten der abgefragten Haltestelle her. Je nach Mobilfunkvertrag können dafür unterschiedlich hohe Verbindungsgebühren anfallen. Oder Sie nutzen einfach unsere BVG-App.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen Ihre Anfrage umfassend beantwortet zu haben und würden uns freuen, Sie und Ihre Mitarbeiter/innen weiterhin zu unseren treuen Kunden zählen zu dürfen.
Mit freundlichen Grüßen
Petra Lippoldt, Kundenservice
